

Saale-Holzland-Kreis beschließt Nachtragshaushalt 2021

Mehr Geld für Baumaßnahmen - Kreisumlage sinkt um 0,5 Umlagesatzpunkte

Eisenberg. Der Kreistag des Saale-Holzland-Kreis hat in seiner Sitzung am 24.03. den Nachtragshaushalt für 2021 beschlossen. Der Verwaltungshaushalt wird dabei gegenüber dem ursprünglichen Etat in den Einnahmen und Ausgaben um 3,2 Millionen auf 108 Millionen Euro erhöht, der Vermögenshaushalt um 2,8 Millionen auf fast 17 Millionen Euro und damit das Gesamthaushaltsvolumen des Landkreises in diesem Jahr auf 125 Millionen Euro.

Im Vermögenshaushalt sind deutlich mehr Ausgaben für Baumaßnahmen eingeplant – bisher 6,3 Millionen, jetzt 8,7 Millionen. Davon entfallen allein 6,4 Millionen auf den Bereich Schulen (bisher 5,2 Millionen). Hier wurden Anpassungen für einzelne bereits geplante Maßnahmen vorgenommen (z.B. Sanierungsarbeiten an der Grundschule Ottendorf), aber auch kleinere zusätzliche Projekte aufgenommen (z.B. Essensausgabe an der Grundschule Golmsdorf). Im Bereich der Kreisstraßen wurde zwischenzeitlich die „K 186“ Großkröbitz in das Förderprogramm des Landes aufgenommen und die Maßnahme in den Nachtragshaushalt eingestellt. Auch die Sanierung der „K 102“ (Bollberg) steht jetzt mit im Etat für dieses Jahr.

Für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden besonders wichtig ist die Höhe der Kreisumlage. Hier wurde nach intensiven Bemühungen in der Kämmerei sowie eingehenden Haushaltsberatungen in den Ausschüssen des Kreistages, insbesondere im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen, erreicht, dass die Kreisumlage gegenüber der ursprünglichen Planung des Doppelhaushaltes nicht steigt. Im Gegenteil: Landrat Andreas Heller konnte den Kreistagsmitgliedern eine Senkung der Kreisumlage um 0,5 Umlagesatzpunkte vorschlagen, und dies ist mit dem beschlossenen Etat auch so bestätigt.

„Wie vom Finanzausschuss am 2. März beauftragt, haben wir den Nachtragshaushalt nochmals auf Gestaltungsspielräume zur Kreisumlage überprüft“, erläutert er dazu. „Vermutete Mehreinnahmen aus der Bundesbeteiligung für die Kosten der Unterkunft in Höhe von 1,3 Millionen Euro stehen dem Landkreis im Ergebnis der Prüfung leider nicht zur Verfügung. Wir haben jedoch andere Möglichkeiten gefunden, die Kommunen bei der Kreisumlage zu entlasten. So wollen wir die vom Land zugesagten zusätzlichen Fördermittel für coronabedingte Mehraufwendungen in Höhe von 47.000 Euro an die Kommunen weiterreichen. 150.000 Euro sollen aus Einsparungen in Ämtern der Kreisverwaltung zur Verfügung stehen. Diese und weitere Planänderungen können zur Senkung des Kreisumlagesatzes um 0,5 Prozent verwendet werden.“

Der Landrat betont, dass dieser Vorschlag nicht ohne planerische Risiken für den Landkreis-Haushalt ist. „Es ist mir aber wichtig, durch meinen Änderungsantrag für den Nachtragshaushalt aktiv auf die Situation zu reagieren. Parallel werde ich mich auch weiterhin auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass der kommunale Finanzausgleich in Thüringen nachhaltig und auskömmlich gestaltet wird.“